

Das Steuerrecht – eine unerwünschte Rechtsquelle des Gesellschaftsrechts?

von

Dr. Brigitte Knobbe-Keuk

o. Professor in Bonn

B 44 220

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

ols

Verlag Dr. Otto Schmidt KG · Köln

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

	Seite
I. Einleitung	1
II. Einige gute Taten*des Steuerrechts	3
III. Die Ankläger sind die Täter	5
1. Zivilrechtliche Absegnung der GmbH u. Co. KG und Widerstand des Steuerrechts	6
2. Die Kreierung des Sonderrechts für Publikumspersonen- gesellschaften – Begleitschutz für deren endgültige Eta- blierung im Gesellschaftswesen.	7
IV. Die Kreierung des Sonderrechts für Publikumspersonenge- sellschaften – die „Tendenzwende“ hin zur richterlichen Inhaltskontrolle von Gesellschaftsverträgen	11
1. Die Entscheidung des BGH vom 25. 3. 1985 zur Hinaus- kündigungsklausel.	12
2. Die Entscheidung des BGH vom 24. 9. 1984 zur Buchwert- abfindungsklausel	14
3. „Tendenzwende“	16
V. Hilfe von seiten des Steuerrechts gegen gesellschaftsrecht- liche Mißgebilde?	17
VI. Zum Rückzug der Handels- und Gesellschaftsrechtler aus dem Bilanzrecht	22
1. Steuerrechtliche Einflüsse in den Entwürfen zum Bilanz- richtliniengesetz.	22
2. Zur Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei Steuervergünstigungen	25
VII. Aufruf zur kritischen Begleitung der Entwicklungen des Unternehmenssteuerrechts durch die Handels- und Gesell- schaftsrechtler	27

2. Teil

	Seite
VIII. Gesellschaft und Mitunternehmerschaft.	33
1. Einleitung	33
2. Die Voraussetzungen einer Gesellschaft i. S. des § 705 BGB	35
a) Vertragsschluß	35
b) Gegenseitige Verpflichtung zur Förderung eines <i>gemeinsamen Zwecks</i>	35
3. Der gemeinsame Zweck bei Innengesellschaften.	36
a) Kein gemeinsamer Zweck ohne vertragliche Bindung	36
b) Bei vertraglicher Bindung: Betrieb des Geschäfts als gemeinsamer Zweck bei Gewinnbeteiligung	37
c) Abgrenzung der Innengesellschaft von den partiari- schen Austauschverhältnissen.	40
d) Zusammenfassung	42
4. Der Schluß des Großen Senats von der Mitunternehmer- stellung auf ein Gesellschaftsverhältnis	43
5. Kritik des derzeitigen Mitunternehmerbegriffs.	47
6. Rückkehr zum gesetzlichen Ausgangspunkt des Mitun- ternehmerbegriffs	49
7. Gestaltungsfreiheit contra steuerrechtliches Wirrwarr	53